FFE FORUM FRIEDENSETHIK
in der Evangelischen Landeskirche in Baden

Leitungskreis: Dietrich Becker-Hinrichs, Dr. Dirk-M. Harmsen, Bettina Ott,
Dr. Wilhelm Wille, Dietrich Zeilinger

Ehrenkirchen/Karlsruhe, 29. August 2013

Presseerklärung des FFE-Leitungskreises zum geplanten Angriff der USA und ihrer Verbündeten auf Syrien

Die USA und einige ihrer Verbündeten haben sich offensichtlich zu einem weiteren völkerrechtswidrigen Militäreinsatz entschlossen. Mit bisher unbewiesenen Behauptungen, die syrische Regierung habe im Kampf gegen Aufständische chemische Waffen eingesetzt, werden Militärschläge zur „Bestrafung“ des Assad-Regimes vorbereitet. Weder das innerstaatliche Recht noch das Völkerrecht erlauben einem Individuum oder einzelnen Staaten die Bestrafung anderer. Die Sprache verrät hier einen Rückfall in rechtlose Barbarei; sie ist Ausdruck der sprichwörtlichen Arroganz der Macht. Auch Militärschläge sind Kriegshandlungen und, ohne ein Mandat des UN-Sicherheitsrates, Akte eines Angriffskrieges, der nach den Worten des amerikanischen Chefanklägers beim Nürnberger Kriegsverbrecherprozess als das größte Kriegsverbrechen anzusehen ist.

Wir sind erschüttert über die Heuchelei, mit der die Regierungen der USA, Englands und Frankreichs ihren barbarischen Akt, der nach den Erfahrungen vergleichbarer Unternehmen in den vergangenen Jahren (Afghanistan, Irak, Libyen) viele Menschenleben fordern wird und eine ganze Region in Flammen setzen kann, als Ausdruck selbstloser menschlicher Sorge verkaufen. Den Westen trifft nämlich eine große Mitschuld am Leiden des syrischen Volkes. Vor allen Versuchen, die innerstaatlichen syrischen Probleme gewaltfrei zu lösen, haben die USA und ihre Verbündeten vorrangig auf einen politisch opportunen Regimewechsel hingearbeitet. Sie sind mit dafür verantwortlich, dass friedlicher Bürgerprotest gegen ein diktatorisches Regime sich zu einem verheerenden Bürgerkrieg entwickelte. Waffenlieferungen von Klientelstaaten an die Rebellen wurden geduldet, schon lange bevor der Westen sich offen zu deren militärischen Unterstützung bekannte. Die Unterstützung dieser Aktionen durch die reaktionären Regime der Golfregion und Saudi-Arabiens, in denen die Menschenrechte einen ähnlich niedrigen Stellenwert einnehmen wie unter dem Assad-Regime, war offensichtlich willkommen. In Kauf genommen wurde dabei, dass radikale islamistische Gruppen inzwischen zunehmend an Einfluss gewonnen haben und mit einiger Wahrscheinlichkeit in einem Nach-Assad-Syrien eine verhängnisvolle politische Rolle spielen werden.

Selbst wenn das Assad-Regime gegen seine eigenen Interessen handelnd einen Chemiewaffeneinsatz zu verantworten hätte, – es läge eher im Interesse der Aufständischen, mit einem solchen Akt den USA eine Legitimation zum Eingreifen zu liefern – zur Verantwortung ziehen könnte es nur der Internationale Strafgerichtshof. Angesichts der absehbaren verheerenden Folgen einer militärischen Intervention vor Ort und in der Region ist es immer noch ein Gebot der politischen Vernunft, entschieden an einer diplomatisch-politischen Lösung des Konfliktes zu arbeiten. Wer Frieden will, muss mit allen Akteuren verhandeln. Die USA haben sich aber bisher geweigert, den Iran, einen der wichtigsten Verbündeten Syriens, mit an den Verhandlungstisch zu lassen. Entgegen der westlichen Propaganda ist nicht Russland allein schuld daran, dass bisher eine solche Lösung nicht ernsthaft gesucht wurde. Wer den Weltfrieden erhalten will, darf auch Russland nicht als Erfüllungsgehilfen seiner geopolitischen Interessen behandeln. Auch wenn Russland mit seiner politischen und militärischen Unterstützung des Assad-Regimes Teil des Problems ist, muss es als selbständiger Akteur mit Rechten und legitimen Interessen respektiert werden.

Die Bundesregierung plant anscheinend zur Zeit keine direkte deutsche Beteiligung an einer Militäraktion, unterstützt aber die Interventionisten politisch und logistisch. Nicht einmal alle Oppositionsparteien vertreten eine klare Linie im Blick auf ein kriegerisches Eingreifen des Westens in Syrien. Es sei daher daran erinnert, dass auch die Unterstützung eines Kriegsverbrechens zumindest

moralisch und politisch inakzeptabel ist. Wir appellieren daher an die Bundesregierung und alle politischen Parteien, eindeutig gegen die interventionistische Politik mit ihren absehbaren verhängnisvollen Folgen und für eine politische Lösung des Konfliktes einzutreten.

Von den Kirchen und der EKD erwarten wir, dass sie eindeutiger reden, d.h.

- dass sie den Schleier der Lüge und Desinformation zerreißen und deutlich machen, dass auch der Syrien-Konflikt Teil eines geopolitischen Machtkampfes geworden ist, in dem nicht einfach ein selbstloser Westen einer bösen arabischen Diktatur gegenübersteht, die von Russland ausgehalten wird;
- dass sie sich eindeutig gegen die mit dem Kosovo-Krieg beginnende kontinuierliche Missachtung des Völkerrechts auch durch den Westen aussprechen und entschiedener im Sinne ihrer friedensethischen Grundüberzeugungen dafür eintreten, dass das Recht der Macht durch die Macht des Rechtes ersetzt wird.

In diesem Sinne hoffen wir auch, dass die Erfahrungen dieser Tage mit eingehen in die abschließenden Beratungen zum friedensethischen Diskussionsprozess in der badischen Landeskirche. Was jetzt zu beobachten ist, unterstreicht die Notwendigkeit, im Sinne des Entwurfs des Positionspapiers der Evangelischen Landeskirche in Baden für die Gewaltlosigkeit als die einzige und nicht nur die vorrangige Option christlicher Friedensethik einzutreten.

Unsere Mitglieder bitten wir, ihre zivilgesellschaftlichen Möglichkeiten zu nutzen: zu informieren, zu diskutieren, zu schreiben, zu demonstrieren. Angesichts der bevorstehenden Bundestagswahl sollte es für unsere Wahlentscheidung wichtig sein zu wissen, ob die Kandidatinnen und Kandidaten zu einer klaren Stellungnahme gegen die verhängnisvolle westliche Syrienpolitik und überhaupt für eine Revision der immer zerstörerischer wirkenden militärgestützten Sicherheits- und Außenpolitik eintreten.

Rückfragen

Dr. Wilhelm Wille
Tel. 07633-801210
willes23@googlemail.com

Das "FORUM FRIEDENSETHIK (FFE) in der Evangelischen Landeskirche in Baden" ist der Zusammenschluss von rund 60 Personen, die eine Diskussion über friedensethische Grundsatzfragen fördern wollen. Probleme der Friedensfindung und -sicherung werden unter Bezug auf die biblische Botschaft beraten. Konträre Positionen in der Gesellschaft über die Bedeutung von militärischen oder pazifistischen Lösungsversuchen werden dabei miteinander ins Gespräch gebracht. Die Gründung erfolgte im Januar 2000. Ein Leitungskreis ist verantwortlich für die Herausgabe von Rundbriefen sowie für die thematische Vorbereitung und Durchführung von Studientagen; er arbeitet ehrenamtlich.